

berhöhen. Der Zweck ist französisch beeinflusste Gemeindevorbereitungen zu erreichen (siehe die Note oben), ihnen viel leicht auch das Abstimmungsrecht zu verschaffen.

Seine ist es so weit, daß sich Frankreich ganz offen in die Geschäfte der Saarregierung einmischt. Minister Loucheur reiste nach dem Saargebiet wie nach einer französischen Provinz und sprach die Erwartung aus, daß Frankreich in der Summe mit Frankreich von ihm erwarte. Briand prüfte in der Kammer mit Genehmigung von unserer freigeistlichen (!) Regierung im Saargebiet. Frankreich weiß, daß man ihm 15 Jahre Zeit und Freiheit gegeben hat, seine Pläne zu verfolgen. Es weiß, daß England und Amerika andere Sorgen haben, und daß dieser Völkerring um seine Schwereitigkeiten machen wird. Und Deutschland? Seine Proteste werden vom Völkerring abgelehnt oder überhaupt nicht beantwortet. Und darum hält es Frankreich auch für garnicht der Mühe wert, die Vorschriften des Verfalles Wertes auszuführen. Nach wie vor hat es 8000 Soldaten im Saargebiet, obwohl der Vertrag Bildung einer Landesparlamentarische aus Einheimischen vorseht. Aber auch die Gendarmerie ist französisch. Die Polizeidirektion hat immer noch keine Vertretung, kein Parlament. Jeder Versuch zur Abwehr einer Vergeßlichkeit wird mit Abschneidungswegern unterdrückt.

Einigen-Matthede, Hoffschien, Saargebiet - und da soll Deutschland noch an Recht und Völkerring glauben! Müß nicht das und verstehen, daß ihn die Kinder mit der Mutter nicht in sich aufnehmen. Die Gewaltverhältnisse Frankreichs im Saargebiet föhrt zum Stimm. Die Welt ist taub dafür. Von Washington will man der Welt den Frieden sichern. Deutschland gehört nicht zur Welt, für Deutschland gibt es keinen Frieden und kein Recht.

fürlich beantwortet. Die Berliner Konferenz wird über die Unterredung an die Völkerringkonferenz berichten, die kommt ihre Entscheidung treffen wird.

Stimmes in London.

Stimmes neuenerlei - Anknäpplische Vorkommnisse. Der „Berl. Lok.-Anz.“ berichtet: Etwa Stimmes hatte die Pflicht, bis zum Mittwoch in London zu bleiben. In diesem unterirdischen Streifen nimmt man an, daß der Führer der deutschen Industrie und der englische Premierminister bereits am gestrigen Montag ihre Absprache getroffen haben. Der Reichskanzler und die Reichsminister dürften aber den Verlauf der Rede Stimmes unterrichtet sein. Die französische Presse erachtet sich in dieselben Verlautbarungen über den Verfall von Stimmes. Man redet davon, daß Stimmes einen Resignationsantrag einreichen werde, damit in Zukunft eine einflussreiche Aufgabe in einem anderen Lande, wie es aber notwendig wäre, daß Deutschland ein Vorwärtsschritt gemacht würde. Stimmes selbst machte alle dem Verstehe, daß ihn inmaßt, durch eine kurze Erklärung der „Daily Mail“ neuerüber ein Ende, indem er sie hat, ihn mit France nicht weiter zu bedrängen. Seine Rede habe an seine politische Bedeutung, sondern er verfolge andere Ziele. „Daily Mail“ meinet denn auch, daß Stimmes einen großen Abschied in Paris hoffen zu können habe.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Abschluss der Verhandlungen erst im nächsten Jahre.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen, die in Genf morgen ihren Anfang nehmen werden, sollen lediglich vorbereitenden Charakter haben. Die offiziellen Verhandlungen werden dem wohlgeheißenen erst am 10. Dezember ihren Anfang nehmen. Der Reichskanzler wird demnach abwarten, bis die offiziellen Verhandlungen nicht in Genf, sondern in einer Stadt Oberösterreich stattfinden. Es hängt von der Haltung des Leiters dieser Verhandlungen, des früheren Schweizer Bundespräsidenten Calonder ab, der jedoch wiederum auf die mitbestimmende Stimme hören muß, ob den deutschen Wünsche Rechnung getragen wird. Die Verhandlungen werden mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Man rechnet in Berlin damit, daß erst Anfang nächsten Jahres der Vertrag mit Polen abgeschlossen werden kann. Dieser Vertrag wird jedoch erst dem Obersten Rat zur Begutachtung vorgelegt werden müssen, so daß erst nach dessen Zustimmung eine weitere Lösung der oberösterreichischen Frage eintritt. Nebenbei ist auch damit zu rechnen, daß die Interaktion der Grenzschutzgruppen nach und nach aus Oberösterreich herausgezogen werden.

Die Völkerringkonferenz Oberösterreichs durch die Polen.

Die Völkerringkonferenz des Völkerring wird in der ersten Dezemberwoche erfolgen.

Die Rheinlands-Kommission verbietet die Regimentverleine.

Die Rheinlands-Kommission hat auf Grund des Art. 2 der Verordnung 65 beschlossen, im besetzten Gebiet die sogenannten Regimentverleine zu verbieten, weil sie die Sicherheit gefährden (1).

Eine „schöne“ Minn.

Am 8. August wurde in Koblenz ein Volkswachmannstreifen von einem amerikanischen Soldaten überfallen und mißhandelt. Nach Mitteilung des amerikanischen Kreis-Delegierten wurde der Täter zu vier Monaten Zwangsarbeit und zwei Drittel Lohnabzug während dieser Straftat verurteilt.

Neuwahl des bairischen Ministerrats.

Der bairische Landtag wählte in seiner Sitzung am Montag den bisherigen Unterrichtsminister Dr. Hummel (Dem.) zum Staatspräsidenten, den bisherigen Staatspräsidenten Franz (Chr.) zum Finanzminister, den Abg. Köhler (Chr.) zum Finanzminister, den Abg. Rummel zum Minister des Innern und den Abg. Dr. Engler zum Arbeitsminister.

Wagen gegen Eingriffe in seine Justizhoheit.

Zu der Erklärung des Reichsjustizministers Dr. Rothmann am Reichstage über die Gesandtschaftsanklage Riederhörschens bemerkt die „Bairische Staatszeitung“: „Es wird die dringende Aufgabe der bairischen Staatsregierung sein, Berlin unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen, daß die bairische Regierung bei allem Verbleiben mit der Reichsregierung in diesem Einverständnis zu bleiben, an ihrer Justizhoheit nicht abzugeben will.“ Diese Wortformeln sind nach der Ansicht des Reichsjustizministers um zu unterstützen, als jetzt auch nach der Reichsjustizanklage einleuchtet hat, der „unzulässigen Zustände in den Strafanklagen“ unterliegen soll. Es wird auch hier Aufgabe der Landesregierung sein, darüber

zu wachen, daß die Tätigkeit dieses Ausmaßes nicht in die Verwirklichungsbereitschaft der bairischen eintrifft.“

Wegen Verwirklichungsbereitschaft der Reichsregierung wurde die „Schwäbische Tageszeitung“ auf acht Tage verboten. Sozialistischer Terrorismus.

In A r i m i t t l i c h a u haben die bürgerlichen Stadtverordneten und ungeliebten Parteimitglieder ihre Plätze niedergelegt, da die Mehrheit des sozialistischen Kantonsparlamentes ohne Zustimmung der Stadtverordneten die erste des 3. Abz. anordnete hatte. Die Sozialisten beschlossen, den beiden bürgerlichen Zeitungen in A r i m i t t l i c h a u, die gegen die Feier geschrieben hatten, keine Druckausgabe der Stadt mehr zu erteilen.

Briands Deutschenbege.

Briands „W“ - Stellungnahme in Washington.

In Briands Rede vor der Washingtoner Konferenz am gestrigen Montag ist nichts Neues. Er sprach von der Freundschaft Frankreichs und von der Gefahr, die noch immer seine östlichen Grenzen bedrohe. Er erinnerte dann in seiner Rede an die Beziehungen Frankreichs zu Amerika, das in der Stunde der Not Frankreichs beistehen wird. Er sprach dann in klarer Sprache von der Gefahr, die noch immer seine östlichen Grenzen bedrohe. Er erinnerte dann in seiner Rede an die Beziehungen Frankreichs zu Amerika, das in der Stunde der Not Frankreichs beistehen wird. Er sprach dann in klarer Sprache von der Gefahr, die noch immer seine östlichen Grenzen bedrohe. Er erinnerte dann in seiner Rede an die Beziehungen Frankreichs zu Amerika, das in der Stunde der Not Frankreichs beistehen wird.

Dann wandte sich Briand der Lage von Osteuropa zu und rief die inneren Verhältnisse Russlands und Ungarns an. „Wie kann Frankreich abwarten angesichts eines solchen Lage?“ und doch“, fuhr Briand fort, „Frankreich rüht ab (1). Obwohl der Jahresbericht für drei Jahre unter den höchsten stehen sollen, hat die Regierung diese Zahlen auf zwei Jahre, nämlich für zwei Jahre eingeschätzt.“ Welche sehr bedeutende Einschätzungen seien in Vorbereitung. „Wir verstehen Ihre Rede“, rief Briand mit Bezug auf die Satzungen, „doch, wenn Frankreich allein handelt, das sich nicht anfordern werden, mit seiner Sicherheit zu spielen.“

Briand betonte in seiner Antwort, Briand sei eine gewisse Sorge zu haben, daß sich Frankreich schließlich in eine militärische Position befinden werde. Dies würde natürlich eine Gefahr sein. Die englischen Vertreter sprachen jedoch nicht von einer militärischen Position, sondern von einer politischen Haltung gegenüber den Verhältnissen und Anforderungen Briands zeitlich.

Im Gegensatz hierzu steht eine Mitteilung des „Daily Telegraph“, daß Staatssekretär Hughes in einer Unterredung mit Admiral Raito ein wesentliches Augenmerk auf die japanische Forderung nach einem höheren Prozentsatz in der Flottenrüstung gemacht habe.

Scharfe Spaltung in Washington.

Die Wahrscheinlichkeit nimmt zu, daß die Konferenz viel schneller zu Ende gehen wird, als man noch vor einer Woche annahm. Natürlich wird man einem vorzeitigen Ende der Konferenz nicht die Form eines Abbruchs geben, sondern man wird kampflos nach einem Teilergebnis suchen und alles Abgibt „vertragen“. Die Streitfragen, die unüberbrückbar erscheinen, sind von Frankreich und Japan aufgenommen worden. Japan widersetzt sich jeder Reduktion der politischen Ereignisse in China seit den letzten 10 Jahren und beharrt auf dem Gebot einer selbstwilligen internationalen Kontrolle in China, da es dort keine weitere Hilfe neben sich haben will. Noch schärfer ist seine Opposition gegen den Durchbruch einer internationalen Kontrollkommission, die seinen Wünschen entgegensteht. Es freitet hartnäckig um eine internationalen Kontrolle seiner Quote. Aber gerade die „grundtätige“ Annahme seines Flottenproblems steht Briand als äußeres Ergebnis der Konferenz an. Seine Unterredung mit Admiral Raito soll sehr scharf gemein sein. Briands Beharrlichkeit soll bereits den Gegenstand eines Ultimatus gehabt haben. England verlangt immer dringender nach der Frage der Handelsabstimmung und zwar um zu drängen, es als schon gewiss ist, daß davon seine Rede sein wird. Das politische Argument der Engländer lautet: Nach Vermeidung der Seemacht würde eine unabsehbare Handelsabstimmung in der Weltpolitik eine hervorragende Rolle spielen. Zunächst wird Briands Völkerringrede vor seiner Abreise in diesem Punkte einer völligen Abgabe an die Konferenz gleich kommen. Briand wird England in Washington nicht mit Frankreich brechen. Man wird nach Briands Rede die Handelsabstimmung der Kommission übertragen und Frankreichs Sonderstellung seiner „gefährdeten Sicherheit“ vorläufig stillschweigend dulden.

England nimmt vorbehaltlos an.

Aus amerikanischer Quelle wird berichtet, daß infolge der Besprechungen zwischen Hughes, Raito und Admiral Raito England den Vorschlag Hughes, das Verhältnis der amerikanischen, englischen und japanischen Flotten wie 5 : 5 : 3 zu erhalten, vorbehaltlos angenommen hat. Briand erklärte, Frankreich werde den amerikanischen Vorschlag betreffend die Flottenrüstung unterstützen.

Das gefährliche Angora-Abkommen.

Der Streit um Angora hat durch Briands Antwort ein so ernstes Ansehen genommen, daß sich das englische Parlament in dieser Woche damit beschäftigen wird. Der Leitartikel des „Daily Chronicle“ stellt Frankreichs Haltung in der Angorafrage dar. Der Artikel ist ein Beitrag zur Entente über den Angora-Vertrag.

Strassenkämpfe in Belfast.

In Belfast ist es in den letzten Tagen mehrfach zu heftigen Unruhen gekommen. Es entwickelten sich heftige Straßenkämpfe, bei denen das Militär mit Wasserkanonen und Maschinengewehren einwirkte, um die Unruhen zu fähren.

Der Bankrott des Kommunismus!

Die Sowjetregierung scheint jetzt geneigt zu sein, auch die letzten Reste ihrer eigenen wirtschaftlichen System aufzugeben. Nach einer sinnlichen Mitteilung wird bereits über einen Geheimschritt verhandelt, der voraussetzt, daß Amerika die Sowjetregierung anerkennt, um die Unruhen zu fähren.

Polnische Protestnoten an die Sowjetregierung.

Am Sonntag hat die polnische Regierung vier Noten wegen der Verletzung der Warsauer Friedensverträge an die Sowjetregierung abgeleitet.

Wieder die chinesischen Soldaten.

In China sind wegen der Finanzkrise amerikanische Militärtruppen abgezogen.

Aus Stadt und Umgebung

Sitzungsbericht des Deutschenationalen Jugendbundes

„Einen erhebenden und in das Dunkel der Gegenwart hoffnungsvollen Licht werfenden Abend befürchte uns allen die hiesige Ortsgruppe des Deutschenationalen Jugendbundes anlässlich der Feier ihres 2. Stiftungsjubiläums. Wer von Alters hergenau gedrückt und von der äußeren politischen Lage niedergedrückt gekommen war, der konnte nach der feierlichen Erlebens das freudige Bewußtsein mit von dem neuen nehmen, daß Deutschland nicht auf ewig verloren sein kann, solange seine Jugend voll solch fröhlichen Geistes, allseits der Vaterlandsliebe lebt. Aus all den Darbietungen des geliebten Abends, der trotz gänzlich öffentlich erfolgten Beschränkungen sich wieder einer äußerst regen Beteiligung zu erfreuen hatte, kann den Zuhörern der hiesige Charakter unserer Vaterlandsliebe gestimmt Jugend zu ewiger Eruue am geliebtesten Deutschland entgegen. Das boten besonders die Worte des ersten Vorsitzenden, Herrn Lind. D e l e d e, der nach Begrüßung der Festredner in knappen, klar unmissverständlichen Worten die Aufgaben des Bundes erläuterte, dessen wichtiger, sozialer und nationaler Zweck in all seinen Zielen zum Ausdruck kommt. Unser Vortrag hat die Zeit, unter Leitfah des Vaterland!“ Diese Worte fanden wuchtig und bestimmt am Schluss der Ausführungen und fanden besonderer Wertigkeit. Mehrere Resolutionen („Am Strom“ Art. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100) wurden einstimmig angenommen. Der zweite Vorsitzende, Herr Lind, erläuterte die Aufgaben des Bundes, die durch eine öffentliche Annahme immer und immer wieder hervorparadiert wurden. Die am 1. März 1914 des Bundes gebildete Hauskommission brachte ihre Güte wirksam zum Gehör, besonders das Motto-Ständchen fand neuen Beifall. Der zweite Vorsitzende, Herr Lind, erläuterte die Aufgaben des Bundes, die durch eine öffentliche Annahme immer und immer wieder hervorparadiert wurden. Die am 1. März 1914 des Bundes gebildete Hauskommission brachte ihre Güte wirksam zum Gehör, besonders das Motto-Ständchen fand neuen Beifall. Der zweite Vorsitzende, Herr Lind, erläuterte die Aufgaben des Bundes, die durch eine öffentliche Annahme immer und immer wieder hervorparadiert wurden. Die am 1. März 1914 des Bundes gebildete Hauskommission brachte ihre Güte wirksam zum Gehör, besonders das Motto-Ständchen fand neuen Beifall.

Verammlung des Mietervereins.

„Gestern fand im „Lübke“ die Verammlung des Mietervereins statt. Nach Beginn des Protokolls beehrte der Vorsitzende Fr. H. die Verammlung und sprach seine Freude über den zahlreichen Besuch aus. Dann erzielte er Herrn Selter das Wort, um über die am 16. September stattgefundene Mieterversammlung in Dresden zu berichten. An dieser Generalversammlung der Mietervereine waren auch die Vertreter der Gewerkschaften und der niederösterreichischen Mietervereine anwesend und den abgetrennten Gebieten von Deutsch-Österreich.

Der Vorsitzende hat zunächst über das große Anwachsen der Mietervereine gesprochen. Dann habe Stadtrat Hoffmann einen Vortrag über „Sozialreform im Wohnwesen“ gehalten.

Der Bericht über die Fortschritte des zweiten Jahres des Reichsvereins sprach Dr. Hoff über das Reichsministerium. Es seien ihm dahin die Behörden nicht inkompetent gewesen, gemeinnützige Wohnbauten zu treiben. Es sei nicht nur Organisation nötig, es müsse auch richtig arbeiten werden. Es soll bei Grundbauarbeiten darauf geachtet werden, daß die Spekulation nicht mehr möglich wird. Es müsse das Eigentumsrecht abgelehnt werden durch eine entsprechende Verwirklichung der Werkzeuge.

Am Nachmittag seien die Vorträge zweier Herren sofort zunächst sprach Dr. Hoff über das Reichsministerium. Es seien ihm dahin die Behörden nicht inkompetent gewesen, gemeinnützige Wohnbauten zu treiben. Es sei nicht nur Organisation nötig, es müsse auch richtig arbeiten werden. Es soll bei Grundbauarbeiten darauf geachtet werden, daß die Spekulation nicht mehr möglich wird. Es müsse das Eigentumsrecht abgelehnt werden durch eine entsprechende Verwirklichung der Werkzeuge.

Der Vorsitzende Herr Selter dankte Herrn Selter für seinen ausführlichen Bericht und bat die Mitglieder um Ausdrücke über die in Dresden verhandelten Punkte. Beifall wurde über die Frage der Abänderung an die Amtsstellen diskutiert und eine Vermittlungskommission ernannt. Da die Zeit für Fortschritte vor, teilte der Vorsitzende der Verammlung in kurzen Zügen die Ergebnisse des Verhandlungs in Dresden mit, der am 22.3. vorigen Monats stattgefunden hatte. Im wesentlichen hätten sich auch hier die Forderungen mit dem Reichsministeriums Hofmann in Dresden abgelehnt. Es ist gegen die Mietsteuer einmündig werden, daß die von den Hausbesitzern über Gebühr auf die Mieter abgewälzt werden. Dagegen solle zur Änderung der Wohnbauverhältnisse eine Wohnbau-Zurücksteuer eingeführt, auch Handel und Industrie müsse zum Bauern von Säulern herangezogen werden.

Der Vorsitzende Herr Selter dankte Herrn Selter für seinen ausführlichen Bericht und bat die Mitglieder um Ausdrücke über die in Dresden verhandelten Punkte. Beifall wurde über die Frage der Abänderung an die Amtsstellen diskutiert und eine Vermittlungskommission ernannt. Da die Zeit für Fortschritte vor, teilte der Vorsitzende der Verammlung in kurzen Zügen die Ergebnisse des Verhandlungs in Dresden mit, der am 22.3. vorigen Monats stattgefunden hatte. Im wesentlichen hätten sich auch hier die Forderungen mit dem Reichsministeriums Hofmann in Dresden abgelehnt. Es ist gegen die Mietsteuer einmündig werden, daß die von den Hausbesitzern über Gebühr auf die Mieter abgewälzt werden. Dagegen solle zur Änderung der Wohnbauverhältnisse eine Wohnbau-Zurücksteuer eingeführt, auch Handel und Industrie müsse zum Bauern von Säulern herangezogen werden.

